

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DES BAYERISCHEN LANDTAGS

GESUNDHEITSAUSSCHUSS | Gesundheitsminister Holetschek (CSU) legt den Pflegebericht vor – die Opposition vermisst Konkretes

Eine „Man-müsste-mal-Liste“

Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) sieht wegen des demografischen Wandels gewaltige Herausforderungen auf die Pflege in Bayern zukommen. Nach seinen Angaben wird die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit rund 500 000 auf bis zu 880 000 im Jahr 2050 steigen. Um den Bedarf abdecken zu können, seien gut 150 000 zusätzliche Fachkräfte erforderlich. Zur Absicherung der Pflegeleistungen auch in der Zukunft hat Holetschek im Gesundheitsausschuss die Eckpunkte seines Konzepts „Gute Pflege. Daheim in Bayern“ vorgestellt. Sie reichen vom Ausbau der Pflegeinfrastruktur über Maßnahmen zur Personalgewinnung bis hin zu Finanzierungsfragen.

„Die Pflege hat für mich denselben Stellenwert wie der Klimaschutz“, sagte Holetschek. Die langfristige Absicherung der pflegerischen Versorgung stehe für ihn „ganz oben auf der Agenda“. Sie müsse alle Bereiche von der Pflege durch Angehörige bis zu ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen umfassen. Die Grenzen zwischen diesen Sektoren der Pflege müssten zunehmend aufgehoben werden, um Ressourcen effizienter einsetzen zu können. Neben bayerischen Initiativen brauche es dazu auch die Unterstützung des Bundes. Aus der dort bereits verabschiedeten „kleinen Pflegereform“ müsse eine „große, wuchtige und revolutionäre“ werden, forderte Holetschek.



Dominik Spitzer (FDP) wertete Holetscheks Ausführungen als „Oppositionsrede“. FOTO: DPA/MERZ

Nach seinen Angaben unterstützt der Freistaat derzeit mit jährlich 60 Millionen Euro Investitionen zum Ausbau der pflegerischen Infrastruktur. Dies müsse fortgeschrieben werden. Zudem gelte es, die Handlungsoptionen der Kommunen weiter zu stärken. Holetschek verwies vor allem auf den Ausbau der regionalen Pflegestützpunkte. Um den wachsenden Pflegebedarf personell abdecken zu können, müsse der Pflegeberuf at-



Die Zahl der Pflegebedürftigen wird wohl von derzeit rund 500 000 auf bis zu 880 000 im Jahr 2050 steigen.

FOTO: DPA/SINA SCHULDT

traktiver gemacht werden. Holetschek sprach sich in diesem Zusammenhang unter anderem für eine Steuerfreiheit der Zuschläge für Wochenenddienste aus und regte den Einsatz „verlässlicher Springer“ als Kurzzeiterersatz für erkrankte Pflegekräfte an. Dies würde das Stammpersonal in den Einrichtungen deutlich entlasten.

Vom Bund forderte der Minister einen höheren finanziellen Einsatz. Viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen seien bereits heute an der finanziellen Belastungsgrenze angelangt. „Pflege muss bezahlbar bleiben“, betonte Holetschek. Sein Ziel sei eine sozial ausgewogene und generationengerechte Weiterentwicklung der Pflegeversicherung bei möglichst nur geringer Anhebung der Beitragssätze. Dabei dürften nicht die Abrechnungsmöglichkeiten der Leistungserbringer im Mittelpunkt stehen, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Zudem müsse der Bund mit einem Steuerzuschuss die Kosten der Pflegeausbildung übernehmen. Für Bayern

kündigte Holetschek den Ausbau der Pflegeausbildung an den Hochschulen an.

Andreas Krahl (Grüne) warf Holetschek vor, es sich leicht zu machen und die Hauptverantwortung zur Zukunftsabsicherung der Pflege auf den Bund zu schieben. Dabei sei der Freistaat genauso gefordert und habe dafür auch die nötigen finanziellen Ressourcen. So könnten die jährlich 400 Millionen Euro für das Landespflegegeld, das ohne konkrete Zweckbindung an Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ausgezahlt werde, sinnvoller eingesetzt werden. „Mit diesem Geld könnten in der Pflege bahnbrechende Strukturen angestoßen werden“, sagte Krahl. Vor allem müsse es um die Entlastung des Personals gehen, damit Pflegekräfte nicht schon nach wenigen Jahren physisch und psychisch ausgeleugt ihren Job aufgeben müssten.

Die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann erkannte in Holetscheks Ankündigungen eine „Man-müsste-mal-Liste“ ohne konkrete Umsetzungsschritte. Sie

vermisste eine Aussage zu der von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) verkündeten Pflegeplatzgarantie sowie zur Unterstützung pflegender Angehöriger, die in Bayern rund zwei Drittel der Pflegeleistungen erbringen. Zudem habe Holetschek offengelassen, wo das Geld zur Stärkung der Pflege herkommen solle, wenn er Beitrags- und Steuererhöhungen ablehne. Waldmann plädierte für die Einführung einer Pflegebürgerversicherung.

Als „Rede eines Oppositionspolitikers“ wertete Dominik Spitzer (FDP) die Ausführungen Holetscheks. Er habe lediglich Defizite aufgezeigt und Forderungen an andere gestellt. Es müsse jetzt aber der „Pflegeturbo“ mit konkreten Maßnahmen kommen, sagte Spitzer. Roland Magerl (AfD) sprach sich für eine Stärkung der häuslichen Pflege aus. Dies sei der Schlüssel zur Bewältigung der steigenden Zahl Pflegebedürftiger. Nötig sei unter anderem, mehr Kurzzeitpflegeplätze einzurichten, damit sich pflegende Angehörige

immer wieder von der anstrengenden Rund-um-die-Uhr-Pflege erholen könnten.

Lob für Holetschek kam von Beate Merk (CSU). Dessen Vorschläge rüttelten an den Grundfesten der bisherigen Gesundheitspolitik und gingen in die richtige Richtung. Im Konzept des Ministers seien Begriffe wie Würde, Verlässlichkeit und Sicherheit keine hohlen Worte, sondern mit konkreten Handlungsansätzen hinterlegt. Peter Bauer (Freie Wähler) erklärte, Holetschek habe eine „schonungslose Analyse“ der Situation, aber auch einen roten Faden zur Lösung der Probleme vorgelegt. Bauer, dem die Lage als Patienten- und Pflegebeauftragter der Staatsregierung bekannt ist, sprach sich für einen Bürokratieabbau in der Pflege aus, damit die Fachkräfte „mehr Zeit am Bett der Pflegebedürftigen“ hätten. Zudem müsse die Prävention gestärkt werden, um die Phase der intensiven Pflege möglichst weit nach hinten zu schieben.

> JÜRGEN UMLAUFT

BILDUNGS-AUSSCHUSS

Opposition fordert bessere Förderung von Luftfiltern

SPD und Grüne haben am Donnerstag im Bildungsausschuss in zwei separaten Anträgen die Staatsregierung aufgefordert, Bayerns Schulen besser mit Luftfiltern auszustatten. Während die Grünen eine Förderung seitens des Freistaats von 100 Prozent ins Spiel brachten, begnügten sich die Sozialdemokraten mit 80 Prozent. Aktuell übernimmt der Freistaat die Hälfte der Kosten, den Rest müssen zumeist die Kommunen als Bauträger selbst tragen. Manche von ihnen scheuen jedoch die zusätzlichen Ausgaben, weshalb der Ausbau der Klassenzimmer mit Luftfiltern aus Sicht der Opposition bislang zu zögerlich voranschreitet.

Luftfilter seien wichtig, um Präsenzunterricht im Herbst sicherstellen zu können, betonte Anna Schwamberger. Sie verwies darauf, dass der Großteil der Schüler bis September nicht geimpft sein wird. „Wir könnten deutlich schneller sein, wenn der Freistaat 100 Prozent der Kosten übernimmt – und zwar ganz unkompliziert“, so die Grüne. Für sie ist klar: „Die Politik soll zeigen, wie viel ihr die Kinder wert sind.“ Die SPD-Abgeordnete Simone Strohmayr kritisierte, nur rund ein Zehntel der über 100 000 Klassenzimmer im Freistaat verfüge bislang über Luftfilter. Viele Kommunen würden zu stark belastet, wenn sie das bayerische Förderprogramm nutzten. „Es ist erschreckend, wie langsam wir mit Luftfiltern vorankommen.“

Gudrun Brendel-Fischer (CSU) wies die Oppositionskritik zurück. „Wir sind sehr wohl in die Gänge gekommen.“ Ab Herbst 2020 sei ein erstes Förderprogramm des Freistaats zum Laufen gekommen. 37 Millionen Euro daraus seien bereits an Schulen geflossen. Zwar seien bei der Förderung CO₂-Sensoren im Vordergrund gestanden. Für Räume, in denen schlecht gelüftet werden könne, seien aber auch aus diesem Programm Gelder für Luftfilter bewilligt worden. Sie verwies auch auf ein massives Förderprogramm des Bundes. Matthias Fischbach (FDP) stimmte für den SPD-Antrag. „Es ist wichtig, dass wir entsprechende Reinigungsgeräte in den Schulen fördern.“ Am Ende wurde der Antrag der Grünen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Gegen den SPD-Antrag stimmte das Regierungslager aus CSU und FW – AfD und Grüne enthielten sich. > TILL